

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsver-
zeichnis unter 2. Klasse Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1414, der Geschäfts-Abt. Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden 6. gegen 3. 34mm Br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
zeigenschriften angenommen. Reklamen
die 9mm Br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschluss vorm.
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. ab-
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zur-
läufig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Bräunerstraße 1a, G. Braun-
hausstr. 17. Adress-Verzeichnis: Nr.
1140 2a und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 366.

Halle, Donnerstag, den 7. August.

1919.

Ungarns Haupt: Erzherzog Joseph.

Die Entente-Kommission hat die oberste Gewalt über Ungarn Erzherzog Joseph übertragen.

Ein ungarisches Oberhaupt von der Gnade der Entente.

Budapest, 6. August. Ungar. Korrespondenz. Heute um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidentium General Schöner, der Polizei-Inspektor Wollensberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Frey und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Scitkey und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzusenden mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertreten. Nach einer Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren. Die Entente-Kommission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Innern wurde General Tanczos, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schöner betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Missionen der Entente müßten hierher abermals eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen wurden. Die Beratungen galten schwebenden Fragen, wobei volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratungen sofort verständigt.

Rücktritt

des neuen ungarischen Ministeriums.

Wien, 7. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern fand in Budapest ein Ministerium statt, in dem der Rücktritt der Regierung beschlossen wurde. Dieser Rücktrittsbefehl hängt mit den rumänischen Forderungen zusammen.

Kenner nach Wien zurückgekehrt.

WTB. St. Germain, 6. August. Nach Ueberreichung der Note ist heute abend Staatskanzler Kenner mit dem größten Teil der Delegation nach Wien zurückgekehrt.

Bereits 60 000 Rumänen in und um Budapest.

Wien, 7. August. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Budapest wird gemeldet: Zu den ursprünglich 30 000 Mann rumänischer Truppen kommen immer weitere Verstärkungen. Gegenwärtig haben bereits 60 000 Rumänen in und um Budapest. Die Wiener Ententevertreter haben den mit ihnen in Verbindung stehenden ungarischen Politikern wiederholt versichert, daß die Entente alles tun werde um der rumänischen Besetzung jeden anderen Charakter als den eines Sicherheitsmaßregeln zu nehmen. Gestern abend traf Graf Julius Andrássy aus der Schweiz in Wien ein. Die Ententevertreter hoffen, daß es Graf Andrássy gelingen werde, eine Einigung zwischen den Parteien in Ungarn herbeizuführen.

Das parlamentarische Leben in Weimar.

Wiederbeginn der Nationalversammlung.

Berlin, 7. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Das parlamentarische Leben ist heute in Weimar wieder völlig ein. Vorläufig sind 14 Tage für die Erledigung aller Aufgaben vorgesehen, aber in parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß man in dieser Zeit fertig wird. Man rechnet vielmehr damit, daß die Verhandlungen noch weit in die zweite Augusthälfte hineinziehen werden. Heute abend um 9 Uhr findet im Nationaltheater in Weimar eine von der sozialdemokratischen Fraktion veranstaltete Verfassungsfest statt, die in einem öffentlichen Konzert unter der Leitung des Weimarer Kapellmeisters Herr Rab und einer Ansprache des Reichsanwalts Dr. David besteht. Da jedermann freien Zutritt hat, wird die Beteiligung der Einwohnerzahl sehr hohe sein. Zu den Vermittlungskundten, in denen in den verschiedenen Verhandlungen Fraktionen und Mandatsgruppen agieren, wurde auf der Theaterbühne heute die Abendvorstellung gegeben.

Die Kohlennot in der ganzen Welt.

„Sehr ernste“ Lage in Amerika.
Wien, 7. August. (Eigene Drahtnachricht.) In der unteren Kohlen-Entente-Kommission werden Frankreich, England, Italien, die Tschechoslowakei und Polen vertreten sein. Amerika hat sich geweigert, der Kommission beizutreten. Soeben, der sehr beunruhigend gekommen war, habe, daß man auf eine einseitige Einreise von Kohlen nach Amerika verzichten dürfte. Die seitliche Grenze, daß nach England jetzt auch in Amerika der soziale Zustand anjunge infolge der Wünsche des Eisenbahnverkehrs sehr ernst zu werden. Der amerikanische Winter werde in

den Vereinigten Staaten den größten Mangel an Steinkohlen bringen, den das Land je erlebt habe.

Die Höhe der amerikanischen Eisenbahnerforderungen.

WTB. New York, 5. August. Nach einer zuverlässigen Schätzung würde die vom Eisenbahnpersonal verlangte Lohn-erhöhung einen Mehrerwerb von 500 Millionen Dollar jährlich bedeuten, während die Einnahmen bereits einige Hundert Millionen hinter dem von der Regierung garantierten Betrag zurückbleiben.

Wilson verschiebt seine Propagandareise.

Wien, 7. August. (Eigene Drahtnachricht.) Meldungen aus Washington zufolge, die in der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ wiedergegeben werden, wird Wilson infolge der ersten Lage, die durch den Streik und die Lebensnotteilenerung in den Vereinigten Staaten hervorgerufen ist, seine Propagandareise für den Friedensvertrag und das französische Garantieabkommen verschieben. Das wird eine erhebliche Verzögerung der Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Gesichtspunkte und Ziele.

WTB. Luzern, 6. August. Die heute angenommene provisorischen Statuten berücksichtigen folgende Gesichtspunkte und Ziele:

1. Politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht und Sozialisierung der Produktion und Austauschmittel durch Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.
2. Internationale Einheit und Aktion für die Organisation des Weltbundes. Kampf gegen Imperialismus und Militarismus. Allgemeine Abschaffung des Militarismus und der Rüstungen.
3. Vereinigung der Interessen aller unterdrückten Völker.
4. Zusammenfassung der politischen Kräfte der Gewerkschaften und Gewerkschaften, die weiter als autonome Körperschaften betrachtet werden, um gemeinsam im internationalistischen und revolutionären Geist der Erhaltung des Weltfriedens vorzugehen.

Da die erste Kommission den Bericht über die allgemeine politische Lage noch nicht beendigen konnte, beginnt die Konferenz auf ihrer ersten Beschlusung mit der Beratung der von der zweiten Kommission vorgelegten provisorischen Statuten. Wilsons-Vorschlag erklärte die Beschlüsse und saute n. a. Neben der politischen und wirtschaftlichen Organisation der gesamten Arbeiterklasse war für die Kommission das Ackerntnis um wahren Weltfrieden, zur Bekämpfung des Nationalismus und Imperialismus und zur allgemeinen gleichzeitigen Abschaffung des Militarismus und der Rüstungen, sowie der Schutz aller unterdrückten Völker und Rassen am wichtigsten. Zu den Statuten selbst erklärte Wilson, daß man die alle internationale wieder bilden und sie nur in eine neue Form zusammenfassen wolle. Wilson befürwortete schließlich die im Statut vorgesehene internationalistische-sozialistische Union und betonte nochmals, daß die Organisation heute für die internationale der wichtigste Punkt und von großem Einfluss für deren Aktion sei.

Straßenkämpfe in Turin.

WTB. Berlin, 6. Aug. Der Vorwitz meidet aus Turin: In den Straßen von Turin finden seit gestern früh heftige Kämpfe statt. Es hat Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Kinder von Sozialisten, die aus der Schule zurückkamen, wurden von den Polizisten am Weitergehen verhindert. Einer der Schulleute tödete ein Kind. Die Menge folgte dem Anführer und warf Steine auf die Polizei. Sämtliche Posten gegen sich zurück und schossen auf die Menge. Die sozialistische Partei proklamierte gestern morgen einen Zeitlichen Generalstreik. Am Dienstag abend haben heftige Kämpfe stattgefunden, die Ruhe ist noch nicht wieder hergestellt.

Opposition gegen das englische Verteidigungsgesetz.

WTB. London, 7. August. „Newspaper“ meidet aus London: In den Kreisen der Opposition ist eine starke Bewegung gegen das Reichsverteidigungsgesetz im Gange. Es werden drei verschiedene Petitionen an die Regierung um Aufhebung des Gesetzes gesammelt. Der Antrag der Regierung, die Beschlüsse einiger Mitglieder zu erklären, ist im Unterhaus auf großen Widerstand gestoßen. „Newspaper“ konnte die Kritik nur dadurch zum Schweigen bringen, daß er verkündete, die Beschlüsse die zum Herbst zu verlesen wenn die zweite Debatte schon jetzt zu Ende geführt wird. Die Vorlage wurde daraufhin in zweiter Debatte mit 176 gegen 83 Stimmen angenommen.
(Leser Deputierten, siehe auch Seite 3.)

Die Unabhängigen und die Verfassung.

Von Dr. Otto Schreiber-Werth.

D.P.K. Raum ist das Verfassungswort in der Nationalversammlung vorgelesen worden, es erklärt bereits in aller Form die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Kriegserklärung. Unter der Ueberchrift „Die Verfassung der Gegenrevolution“ gibt die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, eine Darstellung vom Inhalt der neuen Verfassung des Deutschen Reiches und verheißt ganz unverzüglich die Befestigung der Verfassung durch die revolutionäre Arbeiterkraft, mit allen revolutionären Mitteln. Über der Artikel selbst je gar zu deutlich Ziel und Grundlage dieses Kriegszugs.

Es ist bezeichnend, daß das Ziel fest nicht mehr der Sozialismus schlechthin ist, sondern der Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats! Die Herrlichkeit der russischen und der ungarischen Proletariatsdiktatur läßt anscheinend die Gemüter nicht ruhen; sie wollen es in Deutschland ebenso machen. Für solche Absichten, denen Zerstückung und Unordnung Selbstzweck ist, ausgerechnet der Sozialismus in die Schranken zu rufen, wäre ein Verstoß von ungeheurer Kraft, wenn es nicht Leute gäbe, die sich dadurch verblenden lassen. Der sozialistische Staat, der nicht zuletzt um seiner mittelbaren Ordnung und Unterdrückung der Persönlichkeit willen bekämpft wird, soll herbeigeführt werden durch das Rätesystem, durch die Diktatur des Proletariats. Die hat ihre Unfähigkeit zu beratenden Unternehmungen in den Augen jedes Vernünftigen allmählich ausreißend nachgewiesen! Für uns in Deutschland hätte hierfür das banerliche Beispiel allein ausgereicht, würde es nicht durch Russland und Ungarn in mehr als überzeugender Form unterrichtet.

Über es geht ja gar nicht um den Sozialismus, es geht um schrankenlose Macht, um die Möglichkeit, ihre hysterisch in die Welt geschrieenen Gelüste sich an den Leuten zu lassen. Dazu brauchen sie Verheerung, dazu den Bürgerkrieg; der ist ihnen Selbstzweck und Ziel, ihm muß alles andere geopfert werden. Mögen Vaterland und Volk dabei zugrunde gehen, wenn nur der Haß bleibt, der ihren Wahnsinn nährt.

Mit leichter Hand wird ferner beiseite geschoben, wofür die Sozialdemokratie durch Jahrzehnte gekämpft hat und was nun in der Verfassung gesichert ist: das freie Wahlrecht der Welt für Männer und Frauen gleichmäßig und vom 20. Lebensjahre ab. Mit der vollen Empörung des grundsätzlichen Revolutionärs, der jede staatliche Ordnung haßt, in der er nicht selbst den Herrn spielt, wird die Durchführung, die nur durch das Verfassungswort in Deutschland angebahnt ist und auch unbedingt mit aller Rücksichtslosigkeit praktisch durchgeführt werden wird, als gegenrevolutionär und undemokratisch bezeichnet. Es ist geradezu ein Hohn, daß diese Leute es wagen, von Demokratie zu sprechen. Sie, die gegen den ausgeprochenen Willen der übermächtigen Mehrheit so unverblümt dazu auferdern, mit Gewalt ihren selbstständigen Zwecken zu dienen; die Mehrheit durch eine Minderheit zu terrorisieren, wie ihre Gefinnungsgenossen es überall getan haben, wo die Macht dazu ihnen auf Zeit zueilte. Es ist bezeichnend, daß schlauweg als „Arbeiterschaft“ diejenigen Kreise eingeführt werden, die der „Freiheit“ und ihren Hintermännern blindlings folgen, als ob nicht längst klar wäre, daß der überwältigend größere Teil der deutschen Arbeiterchaft von den unermüdbaren und gewissenlosen Hezern und Revolutionärsmanipulanten nichts wissen will. Nicht weniger charakteristisch ist es, daß der Artikel 40, welcher die Möglichkeit für die Erklärung des Belagerungszustandes schafft, einfach bestimmt wird als ein Mittel zur Herbeiführung der Diktatur der Bourgeoisie, als eine Kriegserklärung an das Proletariat. Freilich, die Herren von der „Freiheit“ wissen sehr genau, daß man in der Lage ist, den Belagerungszustand auf Grund des Artikels 40 zu verkünden, wenn diese verheerenden Arbeit unter der verlogenen Mütze der Arbeiterfreundschaft sich fortsetzt, um den Staat zu vernichten, aber sie wissen ebenso genau, daß der Wille, der dann diktiert, nicht der Wille der Bourgeoisie ist gegen das Proleta-

rat, sondern der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes und vor allem seiner Arbeiterschaft gegenüber den Machthaber der unerfährlichen Volkserzürer; der Wille aller Deutschen, die nach den endlosen Leiden der fast fünf Kriegsjahre endlich Ruhe haben wollen, nicht nur nach außen, sondern auch vor allem in eigenen Hause. Mögen die Leute der „Freiheit“ sich vorsetzen, daß nicht eines Tages das deutsche Volk die Notwendigkeit erkennt, die Verfassung gegen das verbrecherische Treiben so gewissenloser Heber mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen, um endlich die Kraft den Werken des Friedens wieder zuzuwenden zu können.

Wir haben weit Gott mehr als genug von Krieg und Kampf. Aber wer sich nicht scheut, mit den handgreiflichsten Lügen die Gemüter zu verwirren, wer sich bei solchem Beginnen auch noch auf Sozialismus und Demokratie beruft, wer zu Gewalt aufruft, um das Recht zu erschlagen, der darf sich nicht wundern, wenn die wahrheitsliebende und Ruhe fordernde Mehrheit der Volksgenossen sich entschlossen zeigt, die Gewalt des Rechts in volstem Umfange gegen das Unrecht der Gewalt wirken zu lassen!

Billiger Patriotismus.

Es hat von jeher zu den Gepflogenheiten der alldeutschen-konservativen Presse gehört, das System aristokratischer Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnisse unter einem Schwall patriotischer Worte zu verdecken und die Öffentlichkeit über die wahren Beweggründe der zusammengesprochene Junkerpolitik zu täuschen. Mit Vorliebe ging man sogar im politischen Kampf dazu über, alle, die diese verwerfliche Politik nicht unterstützen wollten, als patriotisch minderwertig hinzustellen, die eigenen Anhänger aber als die edelsten und besten Patrioten zu bezeichnen. Dieses Spiel, das fast allen bekannt und oft genug als niedrige Verleumdung und Verächtlichung entlarvt worden ist, legt die deutsch-nationale Presse getrennt fort. Man hat ja auch nur den Namen gewechselt, System und politische Eigenschaften sind dieselben geblieben.

Besonders in der letzten Zeit ist dieses Treiben wieder zu einer ständigen Waffe der deutsch-nationalen Presse geworden. Ertrappt man einen der deutsch-nationalen Redner auf einer politischen Unwahrheit und einer ungebührlichen Verächtlichung Andersdenkender, sofort holt die deutsch-nationale Presse das vielfach gefaltete patriotische Mäntelchen hervor, deckt es über sich und den Sünder und verächtlich nun dreist darauf los in der Hoffnung, daß der Gegner schweigt und so doch etwas hängen bleibt. So ging kürzlich erst wieder die Behauptung durch die deutsch-nationale Presse, daß die Linksparteien nicht die Reichstagsangelegenheiten der Durchführung der großen Wehrvorlage sich verweigern hätten und infolgedessen unsere Front in dem großen Kämpferingen nicht die nötige Stärke verfügen konnte. Die Reichsparteien dagegen hätten gemerkt und gewarnt, und man habe nicht auf sie gehört.

Wie liegt denn nun die Sache in Wirklichkeit? Die 1913 eingebrachte große Wehrvorlage wurde in ihrem vollen Umfange, wie sie der Kriegsminister vertrat, von allen Parteien des alten Reichstages angenommen. Als es nun aber darauf ankam, für die bewilligten Reformationen auch die nötige finanzielle Deckung zu beschaffen und mit Recht gefordert wurde, daß die angehenden Klassen nicht wieder allein durch indirekte Steuern, sondern nunmehr durch eine Steuerart aufgebracht werden müßten, was geschah da? Da verlagte die angeblich so patriotisch gesinnten Altkonservativen und Konservativen und Lehntrüge die Deckungsmittel für die Wehrvorlage ab. Die ganze Wehrvorlage wäre also an dem Widerstande der Konservativen gescheitert — denn was nutzte der Regierung die Bewilligung, wenn sie nicht auch die Möglichkeit hätte, die Kosten bezahlen zu können — wenn nicht die Linksparteien der Regierung diese Möglichkeit durch Annahme der Wehrvorlage verschafft hätten.

Das ist ein treffendes Beispiel dafür, wie die Herren Altkonservativen und Konservativen (heutige Deutsch-nationalen) ihre patriotische Pflicht aufhassen. Patriotismus, ja selbst, davon kann man sich nicht genug bekommen. Geht es aber an Bezahlen, dann gehen die Herren den Rücken. Genau so hat man es ja auch früher schon wiederholt gesehen. Die Drobung „kein Kanis — keine Kasse“ ist in der politischen Entwicklungsgeschichte unseres Vaterlandes noch nicht ausgedient. Die alldemokratische Presse war es, die am 20. Oktober 1899 ganz offen die Justiz in Bezug auf die Agitation zum Flottenplane von der Bewilligung höherer Getreidezölle abhängig machte und so die Politik zu einem Schachergeschehen für zu erniedrigen verurteilte. Einer der „Besten“ war es ferner, den man beschuldigte, an die Mitglieder anderer Fraktionen bei der Flottenvorlage heranzutreten zu sein und die Worte gebraucht zu haben: „Wenn wir nur erst einmal die große Flotte weg hätten. Sehen Sie nur, daß Sie möglichst viele Mitglieder Ihrer Fraktion gegen die Flotte kriegen.“ — Mit Worten schärfster Entschiedenheit wurde der Zentrumsgewaltige Dr. Heim seinerzeit ausbrüchlich fest, daß ein „Münderführer“ gegen die Flotte getrieben und ihn persönlich angefordert hätte, dafür einzutreten, daß die elende Flottenpolitik zum Scheitern käme.

Diese Beispiele liegen sich beliebig vermehren. Sie zeigen deutlich, von welcher Verlogenheit der Patriotismus, von dem die deutsch-nationale Presse so hohe Töne redet, in Wahrheit heischen ist. Das ist nichts anderes als Patriotismus gegen die Wehrvorlage, der verfaßt, wenn er nicht die geforderte finanzielle Gegenleistung bekommt oder wenn es an die eigene Tasche geht. Und das ist so geblieben bis auf den heutigen Tag. Gerade in diesen Freiten hätte man also alle Urliche, an die eigenen Sünder zu denken, und die deutsch-nationale Presse sollte endlich einsehen, daß politische Tatsachen durch Umstellungen nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Erzberger läßt sich verteidigen.

WTB. Weimar, 6. August. Von antizipierter Seite wird mitgeteilt: Die „Tägliche Rundschau“, Nr. 379, vom 6. August (Abendausgabe) veröffentlicht unter dem

Titel „Ein interessantes Dokument“ an der Spitze des Blattes einen Brief des Reichsministers Erzberger an Marschall Joch, in welchem der Minister den Marschall um die Freilassung eines Kriegsgefangenen bittet. Es handelt sich wirklich um ein „interessantes“ Dokument, wenn man folgendes bedenkt:

Zeit Wochen führen die Blätter der Rechten, an ihrer Spitze die „Tägliche Rundschau“, eine fanatische Hege veröffentlicher Art gegen den Reichsminister Erzberger, indem sie als einen ihrer Haupttrümpe die angebliche Gleichgültigkeit der Regierung gegen unsere Kriegsgefangenen ausstellen.

Dat sich doch sogar eine so ernste, mit Recht geschätzte Schriftstellerin, wie Marie Perle, in der „Täglichen Rundschau“ am 31. Juli zu der ungeschicklichen Reichsuldigung hinsetzen lassen: „Der Verdacht steigt auf, daß die Regierung die Gefangenen gar nicht zurückgeben will“, und sagt sie doch glatt heraus, daß insbesondere dem Minister Erzberger absolut nichts an dem Schicksal der Gefangenen gelegen sei.

Nun gelangt die „Tägliche Rundschau“, wenn auch offenbar nur durch Entwendung oder Verleumdung, in den Besitz eines Schreibens, aus welchem klar hervorgeht, daß dem Minister Erzberger das Schicksal der Gefangenen nicht gleichgültig ist. Infolgedessen ist es bedauerlich und einseitig, macht sie dem Minister Erzberger aus diesem Schreiben einen Vorwurf, ja sie unterstellt sogar, Minister Erzberger habe Marschall Joch irgendwelche politische Dankbarkeit für die Bewilligung seiner Bitte in Aussicht gestellt, während es sich doch nur um einen Brief von Mensch zu Mensch gehandelt hat. Nicht einen solchen Brief, sondern Tugend verlässlicher Witten um Freilassung von Kriegsgefangenen hat Minister Erzberger an Marschall Joch gerichtet. Er tat das in solchen Fällen, wo der amtlige Weg eine zu späte Entscheidung gebracht hätte, also z. B. in Fällen schwerer Verbrechen, aber wenn Vater oder Mutter der Frau auf dem Totenbette ihren Kriegsgefangenen Angehörigen zum letztenmal die Hand drücken wollten. Aber abgesehen von diesen Ausnahmefällen ist Minister Erzberger unermüdetlich für die grundsätzliche Freilassung aller Kriegsgefangenen eingetreten, seitdem er in Compiegne zum erstenmal mit Marschall Joch verhandelt hat.

Sein Briefwechsel vom Monat Januar 1919 mit Marschall Joch über die Freilassung der Kriegsgefangenen während der Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier ist veröffentlicht worden und ist in dem Grundbuch der Weimarer Kommission abgedruckt. Selbst hat der Minister keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um Marschall Joch, sei es direkt in Trier und in Spa, sei es durch Vermittlung des französischen Generals Dupont in Berlin, fast täglich an das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen zu erinnern. Es ist dem Minister so ihermlich, wie nur irgendeinem Deutschen, daß die Freilassung der Kriegsgefangenen nicht schon bei Abschluß des Waffenstillstandes durchgeführt werden konnte. Wie bekannt, ist der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen in voller organisatorischer Durchführung oder Vorbereitung.

Der „Täglichen Rundschau“ sind alle diese Tatsachen bekannt, aber sie verweigert sie, um aus dem Scherzgebe deutscher Mütter Kapital zu schlagen für ihre politischen Zwecke.

Die

Besprechungen über die Kohlenproduktion.

WTB. Berlin, 6. Aug. Unter Vorsitz des Reichsministerpräsidenten B. er hat am Mittwoch vormittags 10 Uhr in der Reichstagskammer Betretern der wichtigsten Reichs- und Staats-Ministerien, sowie einer Anzahl Betretern der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Besprechung über die Möglichkeit der Erhöhung der deutschen Steintohlenproduktion statt. Von sämtlichen Rednern wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen. Starke Eindruck machten insbesondere die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers. Er betonte, daß schon jetzt durch den großen Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die sich zunehmend verschärfen werde und das Verkehrsleben wie auch die Industrie lahmlegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis zehn Tage; es müsse endlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Besondere vorzusehen, was durch die Kohlenproduktion Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als ersichtlicher Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente-länder hinzu. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugegeben worden ist, daß die im Friedensvertrag festgelegte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physische Unmöglichkeit ist, so werden sie wahr-scheinlich doch auf der Lieferung von ganz erheblichen Mengen Kohle bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Kohlenforderungen zu erfüllen, so wie dies überhaupt in menschlichen Verhältnissen möglich ist. Wenn schon jetzt die inneren Kohlenverhältnisse Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als ersichtlicher Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente-länder hinzu. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugegeben worden ist, daß die im Friedensvertrag festgelegte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physische Unmöglichkeit ist, so werden sie wahr-scheinlich doch auf der Lieferung von ganz erheblichen Mengen Kohle bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Kohlenforderungen zu erfüllen, so wie dies überhaupt in menschlichen Verhältnissen möglich ist.

Wenn schon jetzt die inneren Kohlenverhältnisse Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als ersichtlicher Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente-länder hinzu. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugegeben worden ist, daß die im Friedensvertrag festgelegte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physische Unmöglichkeit ist, so werden sie wahr-scheinlich doch auf der Lieferung von ganz erheblichen Mengen Kohle bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Kohlenforderungen zu erfüllen, so wie dies überhaupt in menschlichen Verhältnissen möglich ist. Wenn schon jetzt die inneren Kohlenverhältnisse Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als ersichtlicher Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente-länder hinzu. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugegeben worden ist, daß die im Friedensvertrag festgelegte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physische Unmöglichkeit ist, so werden sie wahr-scheinlich doch auf der Lieferung von ganz erheblichen Mengen Kohle bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Kohlenforderungen zu erfüllen, so wie dies überhaupt in menschlichen Verhältnissen möglich ist.

Tarifverhandlungen in der Metall-industrie.

Berlin, 7. August. Die dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Betretern der Angestellten im Reichsberufs-

Ministerium unter Leitung des Regierungsrats Eißler haben zu einer vollen Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt.

Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, so daß mit einem schnellen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Die Franzisierung Elsaß-Lothringens.

Freiburg, 7. Aug. (Eig. Drahtnachricht). Die französischen Behörden betreiben die Franzisierung Elsaß-Lothringens mit großem Eifer. In Strasbourg sind allein 10 Kurse zur Erlernung der französischen Sprache eingerichtet. Diese werden von den Bürgern und den besten Schülern Angehörigen, jedoch nicht von den Arbeitern besucht. Die Beamten sind verpflichtet, an diesen Kursen teilzunehmen. Vom 1. Oktober ab wird die deutsche Sprache in den Volksschulen abgeschafft.

Die Ausweisungen Deutscher aus dem elsaß-lothringischen Gebiet dauern fort. Einige hundert Flüchtlinge sind innerhalb der letzten 14 Tage in Baden eingetroffen. Die französische Regierung verfolgt offenbar die Absicht, sämtliche Deutsche aus Elsaß-Lothringen auszuweisen. In Karlsruhe, Freiburg und anderen Städten sind die im Kriege erbaute Gefangenenlager von den Flüchtlingen als Notwohnungen bezogen worden.

Aus der deutsch-österreichischen Antwort-Note.

WTB. St. Germain, 6. August. In dem von der Entente festgelegten Tage hat die Friedensdelegation der Friedenskonferenz eine Note überreicht, die die Einwendung gegen den Vertrag in seiner Gesamtheit enthält. Die Note macht in der Einleitung die Obersten Rat darauf aufmerksam, daß Deutschösterreich nur solche Willkürungen des Vertrages verlangt, die für sein Volk eine Daseinsnotwendigkeit sind. Was die Grenzfragen anbelangt, so habe sich Deutschösterreich umsonst auf das Nationalitätsprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. Es lehne nunmehr die Verantwortung ab und gebe dem Erfolg der Entente der Entscheidung der Geschichte anheim. Wenn die Gebietsforderungen Deutschösterreichs in jenem Mindestmaß erfüllt werden, in dem sie in der Anlage der Note aufrecht erhalten werden, so wolle Deutschösterreich sich selbst überlassen, daran zu glauben, daß es in diesem Gebiet selbständig und im Verbund mit dem Völkern. Es erwarre dabei, daß es der Rückkehr in Stunden der Beherrschung fähig werde. Dagegen ist Deutschösterreich schon jetzt fest davon überzeugt, daß es die ihm von dem Vertrag aufzubehalten ökonomischen Lasten nicht tragen könne und daß es, wenn es nicht wesentlich gemindert würde, zusammenbrechen müßte. Dieses Befremtnis muß ernst genommen werden, wie es offenkundig gegeben ist. Es ist geradezu Pflicht Deutschösterreichs zu fordern, daß seine Würde erträglich gemacht werde. Deutschösterreich will nichts als Leben. Möge ihm die Friedenskonferenz die Gewißheit geben, daß es auch leben können wird.

Die Note geht dann in einzelnen auf jene wirtschaftlichen und finanziellen Klagen des Vertragsunterwerfs ein, die, wenn sie unerändert bestehen blieben, verheerend wirken müßten. Sie führt aus, daß es Deutschösterreich in den nächsten Monaten unmöglich sei, die Höhe und die Zahl zu liefern, da doch seine Kinder in solche Notlage und Mangel hineinführen. Deutschösterreich muß sich unter die finanzielle Kontrolle der Entente machen, es stellen lassen, erwartet aber, daß die Reparationskommissionen mit der durch die verweirte Lage gebotenen Schonung vorgehen und Deutschösterreich die notwendigen Kredite zur Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln einräumen werde. Soll der Reparationskommission die Erfüllung ihrer Aufgaben aber nicht im Voraus unmöglich gemacht werden, so ist es notwendig, daß sie in Bezug auf alle wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen die nötigen Maßnahmen treffen. Es wird daher beantragt, Artikel 193 des Friedensvertrages durch folgenden Zusatz zu ergänzen: „Weber den Besitz und die Einmalige hinaus, die den Gegenstand der im ersten Absatz festgestellten Haftung bilden, ist Deutschösterreich für die bereitwilligen Wiedererstattungen und die Lasten nicht verantwortlich. Die Verpflichtungen, die sich für die Staatsbürger Deutschösterreichs aus den im ersten Absatz genannten internationalen Verträgen ergeben, sind in der Haftung inbegriffen und können nur im Wege der Reparationskommission geltend gemacht werden. Die Reparationskommission wird die Haftung unter Wahrung der Lebensnotwendigkeit des deutsch-österreichischen Volkes, und diesem Zweck gemäßen, rational vermindern werden.“

Die Note weist ferner darauf hin, daß der deutsch-österreichischen Republik durch Artikel 202 ein ganz unzulässig großer Teil der über 50 Milliarden betragenden Notentlastung zugehöber wird. Die Note macht weiter darauf aufmerksam, daß die deutsch-österreichischen Schuldner ihre in ausländischer Währung kontrahierten Schulden nur bei Gewährung langjähriger Fristen und neuer Kredite werden begleichen können. Die Forderung, daß sie ihre auf Kronen lautenden Schulden in ausländischem Gold einlösen soll, ist unerfüllbar und würde alles zum Konkurs treiben. Eine Erhebung bei einigen Wiener Banken ergab, daß Angehörige der Notentlastung bei ihrer 90 Millionen Guthaben Betrag bezahlen wären. Der Verlust betrage ein Vielfaches des ganzen Kapitals dieser Banken und müßte zu ihrem Konkurs führen. Diese Mittelnote ist um umfangreichen Vorarbeiten zu den territorialen und politischen Fragen und deren Begründung begleitet.

Alle Sozialistungen in Budapest aufgehoben.

Der ungarische Minister hat in seiner ersten Sitzung die Freigabe aller in Gemeinbesitz übernommenen Finanzinstitute und Privatbetriebe mit sofortiger Wirkung beschlossen. Alle Sozialistungsverordnungen der Regierung wurden außer Kraft gesetzt.

Aufhebung der Blockade gegen Ungarn.

Wie dem „Corriere della Sera“ aus Paris gemeldet wird, hat der Oberste Rat der Alliierten nicht die Bedenken, die von manchen Seiten gegen die neue ungarische Regierung erhoben werden, die die Regierung als einseitige Fortsetzung des bolschewistischen Regimes betrachtet. Daher hat er die sofortige Aufhebung der Blockade über Ungarn verfügt, und zwar auf Antrag des ameri-